

Diskussionsbeiträge
des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft
der Freien Universität Berlin

Nr. 2003/20

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE REIHE

**Arbeitsmarktpolitik und ökonomische Theorie
- zur Degenerierung einer Forschungspraxis**

**I: Theoriedefizit und politische Dezision:
Vom Scheitern einer Beratungspraxis**

Hajo Riese

November 2003



ISBN 3-935058-71-3

0. Prolegomena zur Publikationsreihe

"Arbeitsmarktpolitik und ökonomische Theorie

– zur Degenerierung einer Forschungspraxis"

Unter diesem Obertitel erscheinen in loser Folge Publikationen, die Grundfragen der theoretischen Fundierung der gegenwärtigen Arbeitsmarktpolitik und ihrer Anwendung in der wissenschaftlichen Beratungspraxis behandeln. Dabei erhält jede Publikation einen eigenständigen Stellenwert. Das kann Überschneidungen zwischen den einzelnen Publikationen erforderlich machen.

Der gegenwärtige Stand der Planung sieht sieben Publikationen vor, die sich wie folgt skizzieren lassen.

- I. Die vorliegende Publikation, die den Titel "Theoriedefizit und politische Dezision: Vom Scheitern einer Beratungspraxis" trägt, hat einführenden Charakter. Sie arbeitet den fehlenden bzw. mangelhaften Theoriebezug der Beratungspraxis heraus und begründet, dass er in einen politischen Dezisionismus mündet, der den Funktionsbedingungen einer Marktwirtschaft widerspricht.
- II. Die Publikation behandelt erkenntnistheoretische Aspekte ökonomischer Theoriebildung, die im Zusammenhang mit der Publikationsreihe stehen. Dabei wird dem dominierenden Wissenschaftsverständnis, das in der Tradition von Popper Gesetzesaussagen verlangt, die der Wirtschaftswissenschaft die Richtschnur ihrer Erkenntnis liefern sollen, ein sich auf Kant stützender Erkenntnisprozess der wechselseitigen Beziehung von Theorie und Erfahrung entgegengesetzt. Als wichtigste Konsequenz tritt dadurch an die Stelle des ökonomischen Prinzips mit universellem Anspruch der Markt als ein bestimmtes, für die herrschende ökonomische Theoriebildung konstitutives Funktionsprinzip.

- III. In dieser Publikation werden die Schlussfolgerungen dieser erkenntnistheoretischen Position für die generelle Ausformung ökonomischer Theoriebildung gezogen. Dabei ergibt sich, dass ökonomische Theorie stets liberale Ökonomie ist, als liberale Ökonomie eine Markttheorie begründet, in deren Kontext sich unterschiedliche Ausprägungen des ökonomischen Prinzips herausgebildet haben. Sie erhalten jeweils markttheoretische Validität durch eine spezielle Werttheorie, die die ökonomischen Prinzipien der Reproduktion (in der klassischen Ökonomie), Knappheit (in der neoklassischen Ökonomie) und Knapphalten (in der keynesianischen Ökonomie) ausdrückt. Darüber hinaus verlangt eine erkenntnistheoretisch fundierte Markttheorie eine Abgrenzung der ökonomischen Theorie gegenüber der Theorie der Wirtschaftspolitik, die mit der Betonung einer ökonometrisch fundierten Evaluation der Politik in jüngerer Zeit insbesondere Lucas herausgearbeitet hat.
- IV. In dieser Publikation wird der Theoriebezug spezifiziert, wobei die Fragestellung der Arbeit eine Beurteilung des theoretischen Gehalts der Allokationstheorie, Wachstumstheorie und Beschäftigungstheorie verlangt. Die Beurteilung orientiert sich dabei an den Theoriemustern des herrschenden mainstreams, somit im Fall der Allokations- und Wachstumstheorie an der neoklassischen Ökonomie, im Fall der Beschäftigungstheorie an der keynesianischen Ökonomie. Das ist deshalb erforderlich, weil die Beratungspraxis ihren wissenschaftlichen Anspruch am mainstream orientiert.
- V. Die Publikation untersucht Projektionen des Theoriebezugs auf die gegenwärtige Stagnationsphase. Sie signalisiert damit, dass die Aufgabenstellung der Beratungspraxis ebenfalls dieser Publikationsreihe zugrundeliegt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, u.a. folgende Theoriebezüge zu erörtern:
- (1) eine marktendogene Interpretation des Wachstums,
 - (2) die Klärung des Zusammenhangs von makroökonomisch gefasster Arbeitsproduktivität und der Bestimmung relativer Preise,

- (3) die Zurückweisung einer kostenorientierten Argumentation (bezogen auf die Lohnkosten),
- (4) die Negierung eines abgrenzbaren Arbeitskräftepotentials,
- (5) die Akzeptanz einer Offenheit des Marktergebnisses,
- (6) die Fassung des Staates als Marktteilnehmer.

VI./VII. In den beiden letzten Publikationen findet dann, konzipiert als Schlussfolgerung vornehmlich aus den beiden vorhergehenden Publikationen, eine Auseinandersetzung mit den Positionen des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung unter seinem Präsidenten Hans-Werner Sinn und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wie des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) unter der gemeinsamen Leitung von Klaus Zimmermann statt. Dabei wird sich zeigen, dass die Position von Sinn theoretisch unhaltbar ist, weil sie durch die Ignorierung der Preisbildung (auf Gütermärkten) markttheoretische Bedingungen der Allokation verletzt, während die Position von Zimmermann theoretisch unvollständig bleibt, weil der behauptete Zusammenhang zwischen Arbeitsmarkteffizienz, Wachstum und Beschäftigung nicht geklärt wird.

I. Theoriedefizit und politische Dezision: Vom Scheitern einer Beratungspraxis

Die Dominanz des Arbeitslosenproblems

Der Umstand, dass in der Bundesrepublik Deutschland die Arbeitslosigkeit seit den 70er Jahren des abgelaufenen Jahrhunderts, lediglich durch kurzfristige, konjunkturell bestimmte Aufschwünge unterbrochen, kontinuierlich ansteigt, so dass sie derzeit, im Herbst 2003, fast die 5-Millionen-Marke erreicht (und unter Berücksichtigung der versteckten Arbeitslosigkeit über 7 Millionen Erwerbstätige umfaßt), beherrscht nicht nur die Wirtschaftspolitik, sondern ebenso die Wissenschaft, zumindest eine angewandte Wissenschaft, die die Aufgabe einer politischen Beratung wahrnimmt. Das liegt nicht allein daran, dass eine wissenschaftlich fundierte Politikberatung, wie es ihrem Auftrag entspricht, eine Politik herausfordert, deren Handlungsspielraum, allen voran durch das spill-over der steigenden Arbeitslosigkeit auf das Budgetdefizit der Gebietskörperschaften, immer enger wird; die Prävalenz der Arbeitslosigkeit hat auch eminente wissenschaftsbezogene Gründe, die sich daraus ergeben, dass der ökonomischen Theorie, und zwar in allen ihren Varianten, das Vollbeschäftigungspostulat zugrunde liegt, sei es in einer markttheoretischen Ausformung oder basierend auf politischer Intervention.

Wir werden sehen, dass dieses gemeinsame Kennzeichen von Markttheorie und Interventionstheorie, die ihre modernen theoretischen Ausarbeitungen in der neoklassischen und in der keynesianischen Ökonomie finden, die traditionelle Distinktion von Ordnungspolitik und Stabilitätspolitik entscheidend relativiert. Demgegenüber scheint die Antinomie von gestaltender Politik und wissenschaftlicher Beratung gewahrt zu bleiben. Dabei reduziert sie sich, wie der Blick auf die gegenwärtige Beratungspraxis zeigt, keineswegs auf eine funktionelle Arbeitsteilung, die von ihren Aufgaben her Politik und Wissenschaft bestimmen.

Zumindest aus der Perspektive der Wissenschaft ist dies nicht der Fall: Denn der Einsicht in ökonomische Zusammenhänge, die der Wissenschaft Beratungskompetenz verleiht, steht eine Politik gegenüber, deren Gestaltungswillen durch eine Negierung wissenschaftlicher Einsichten eingeengt wird, sei es dank einer Beratungsresistenz der Politik selbst¹, sei es dank der Kraft einer Realität, die durchaus vorhandene Einsichten überlagert. Man spricht in diesem Zusammenhang, um dieser Antinomie Prägnanz zu verleihen, gern von einem Politikversagen — und dies gilt auch dann, wenn man den Ausdruck eines schuldbeladenen Tenors entkleidet.

Ein Blick auf die Beratungspraxis bestätigt dieses Spannungsverhältnis. Dabei seien Äußerungen von Hans-Werner Sinn und Klaus Zimmermann angeführt, Wissenschaftler, die heute als die hervorragenden Repräsentanten einer Arbeitsmarktforschung wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute der Bundesrepublik Deutschland, die sich einer wirtschaftspolitischen Beratung verpflichten, gelten, ersterer als Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo Institut), letzterer in seiner Doppelfunktion als Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und als Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA). Deren Position wird deshalb auch die in dieser Reihe stattfindende Auseinandersetzung mit der Beratungspraxis bestimmen.²

¹ So hat sich in jüngerer Zeit Wolfgang Franz, langjähriges Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, darüber beklagt, dass "sich die Reputation wirtschaftswissenschaftlicher Berater in der Politik in Grenzen (hält)." Und er fügt hinzu: "Nicht immer stoßen die Ratschläge auf Enthusiasmus, mitunter fegen Minister eigens angeforderte Gutachten ohne Umschweife vom Tisch, hin und wieder werden Beratungsgremien von Politikern persönlich attackiert." W. Franz, Wirtschaftspolitische Beratung: Reminiszenzen und Reflexionen. Perspektiven der Wirtschaftspolitik 1 (2000), S. 59.

² Neben diesen beiden Forschungsinstituten wäre noch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung zu erwähnen, zumal er in seinem vorletzten Gutachten ungeachtet seiner breiten Aufgabenstellung ausdrücklich die arbeitsmarktpolitische Situation der Bundesrepublik Deutschland in den Mittelpunkt seiner Analyse rückt. Dabei übernimmt er allerdings mehr oder weniger deutlich die Positionen des DIW und insbesondere des ifo Instituts. Darauf weist im übrigen Sinn in einer arbeitsmarktpolitischen Positionierung des ifo Instituts ausdrücklich hin. Siehe das Jahresgutachten 2002/03 des Sachverständigenrates 'Zwanzig Punkte für Beschäftigung und

So bemüht Sinn in seiner Positionsbestimmung ausdrücklich den Konsens der Wissenschaft gegenüber der Politik, indem er konstatiert, dass "(n)ach übereinstimmender Auffassung fast aller Volkswirte ... strukturelle(-) Reformen bei der Tarifpolitik und bei der Sozialpolitik ansetzen und das Ziel haben (müssen), die Lohnstrukturen aufzulockern, ja die Lohnkosten zu senken". Und fügt prononciert als politisches Programm hinzu: "Ungeachtet möglicher Abweichungen im Detail herrscht heute eine weitgehende Übereinstimmung in der Fachdisziplin bezüglich dessen, was in Deutschland zu geschehen hat, um die Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen".³ Und Zimmermann fordert in einem von ihm initiierten 'Aufruf von 300 Ökonomen an die politischen Entscheidungsträger', der unter dem Titel 'Den Reformaufbruch wagen!' veröffentlicht worden ist⁴, eine "fundamentale Neuorientierung der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik", da angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der Finanzkrise der sozialen Sicherungssysteme "die Politik endlich ihre Fähigkeit zu substantiellen Reformen unter Beweis stellen (muss)"⁵.

Der fehlende Theoriebezug der Beratungspraxis

Der Schein einer funktionellen Arbeitsteilung zwischen gestaltender Politik und wissenschaftlicher Beratung trägt jedoch. Denn in Wahrheit resultiert die Frontstellung der Beratungspraxis gegenüber der Politik lediglich aus einer wissenschaftlich unverbindlichen Positionsbestimmung, die die Verantwortung für die hohe Arbeitslosigkeit der Politik in die Schuhe schiebt. Ansonsten sitzen beide, Politik und Beratungspraxis, in einem Boot. Das zeigt die gemeinsame Beschwörung eines Wachstumsprozesses steigender Beschäftigung, der sich auf Strukturreformen allen voran des Arbeitsmarktes stützt. Denn die Verknüpfung von Beschäftigung und Wachstum mag zwar für Politik (und öffentliche Meinung) pure Evidenz sein, ist es

Wachstum'. Stuttgart 2002; siehe ferner die Sonderausgabe des ifo Schnelldienstes 'Die rote Laterne' 23/2002, S. 31.

³ Siehe den ifo Schnelldienst ebd., S. 25.

⁴ In: IZA Compact Juli/August 2003, S. 1ff.

⁵ ebd., S. 1.

für die Wissenschaft jedoch keineswegs. Ein Blick auf die ökonomische Theorie bezeugt sogar das Gegenteil. So sind Effizienzkriterien, die strukturellen Reformen die theoretische Grundlage liefern, an eine Allokationstheorie gebunden, die eine stationäre Wirtschaft unterstellt; dabei blendet sie ebenso wie die Wachstumstheorie, der sie die Grundlage liefert, die Frage nach der Beschäftigungshöhe aus, indem sie wie diese die Ressourcenausstattung vorgibt; die Beschäftigungstheorie wiederum bindet den Arbeitskräfteeinsatz an eine Einkommensbildung, jedoch keineswegs an Wachstum – wobei der Unterschied deshalb fundamental ist, weil Wachstum auf einem effizienten Faktorangebot beruht, während die Einkommensbildung mit zunehmender Beschäftigung, will man eine Inflation vermeiden, ausläuft.

Daraus folgt, dass die gegenwärtige Arbeitslosigkeit nichts, aber auch nichts mit einer Wachstumsschwäche zu tun hat. Vielmehr übernimmt die Beratungspraxis einfach den Zusammenhang von Effizienz, Wachstum und Beschäftigung von der Politik, ohne ihn von der ökonomischen Theorie her zu konzipieren. Sie erkaufte ihn mit dem Verzicht auf einen Theoriebezug. Damit setzt sie augenscheinliche Plausibilität an die Stelle rigoroser Wissenschaft. Aber Plausibilität ist und bleibt der größte Feind der Wissenschaft. Denn auf diese Weise setzt sich die Beratungspraxis nicht nur mit der Politik in ein Boot, sondern liefert sich, weit schlimmer, der Politik aus, indem sie den Wissenschaftsanspruch zugunsten eines Politikverständnisses kappt.

Der Wissenschaftsanspruch würde demgegenüber von der Politikberatung das Gegenteil von dem verlangen, das sie gegenwärtig praktiziert: Anstatt wie derzeit das Politikmuster der Triade von Effizienz, Wachstum und Beschäftigung zu übernehmen, um daraus Anforderungen an die Politik zu formulieren, deren Realisierbarkeit dann, wenig überraschend, politischen Maßstäben unterworfen wird⁶,

⁶ Der Widerspruch zwischen dem Wissenschaftsanspruch von Reformvorschlägen und der Übernahme von Politikmustern, die einem Wissenschaftsanspruch nicht standhalten, liefert den eigentlichen Grund für die vielbeklagte Beratungsresistenz der Politik. Denn obwohl die Politik diesen Widerspruch nicht durchschaut, ihn auch gar nicht durchschauen kann, weil sie in der Politikberatung ihre eigenen Politikmuster wiederfindet, entwickelt sie jedoch ein Gespür für die aus diesem Widerspruch herrührende Realitätsferne der Reformvorschläge. Ein besonders instruktives Beispiel liefert dabei die (im Grundsatz von beiden Instituten vertretene) Bindung der sozialen Existenzsicherung an eine Arbeitsleistung, für deren Bereitstellung auch noch, so der Vorschlag des

müsste sie, als Kontrapunkt zu diesem Theoriemuster, die Triade auf ihre einzelnen Theoriebezüge zurückführen, somit Effizienz auf die Prinzipien der Allokationstheorie, Wachstum auf ein effizientes Faktorangebot und Beschäftigung auf einen Prozess der Einkommensbildung. Das würde es ihr erlauben, den Relevanzbereich der einzelnen Theoriebestandteile zu bestimmen und auf dieser Grundlage die Möglichkeiten einer Verknüpfung, vor allem aber auch deren Grenzen abzustecken.

Vonnöten wäre somit eine Didaktik der Markttheorie, die der Effizienz (des Arbeitsmarktes), dem Wachstum (des Sozialprodukts) und der Beschäftigung (an Arbeitskräften) den Stellenwert zuweist, der ihnen im Gefüge einer Volkswirtschaft zukommt. Nichts dergleichen geschieht jedoch. Vielmehr bemüht die Beratungspraxis die Totalität einer Triade, in der, fern jeder nachvollziehbaren markttheoretischen Begründung, die Effizienz des Arbeitsmarktes zur Regenerierung von Beschäftigung und Wachstum führen soll.

Dezisionismus als Konsequenz des Theoriedefizits

ifo Instituts, die Kommunen in die Pflicht genommen werden sollen (die sich aus guten Gründen heftig gegen dieses Ansinnen wehren), während das IZA (alias das DIW) die Vermittlung 'nützlicher Beschäftigung' Workfare-Agenturen übertragen will, wobei unterstellt wird, dass (niedrig entlohnte) Arbeitsplätze allein deshalb (in ausreichender Zahl) entstehen, weil (sic!) "die Unternehmen wieder auf ein entsprechendes Arbeitsangebot treffen". Gleichermaßen realitätsfern ist der ebenfalls von beiden Instituten geforderte Vorrang betrieblicher gegenüber gewerkschaftlicher Lohnvereinbarungen, der die juristische Komplexität des Tarifrechts sträflich unterschätzt. Zum Vorschlag des ifo Instituts siehe H.-W. Sinn, C. Holzner, W. Meister, W. Ochel, R. Werding, Aktivierende Sozialhilfe. Ein Weg zu mehr Beschäftigung und Wachstum. Siehe die Sonderausgabe des ifo Instituts 9/2002, S. 25ff.; zum Vorschlag des IZA siehe IZA Compact. Bessere Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung. Sieben Bausteine für eine moderne Arbeitsmarktpolitik. Sonderausgabe November 2002, S. 2.

Darüber hinaus zwingt das Theoriedefizit die Beratungspraxis dazu, die Wirtschaftspolitik als Garant der Triade zu inthronisieren. Das scheint zwar angesichts ihres Pochens auf einen Ausbau der Marktverfassung, allen voran des Arbeitsmarktes, im ersten Moment absurd zu sein. Aber bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass dies insofern konsequent ist, als sich so der markttheoretisch abwegige Zusammenhang von Arbeitsmarkteffizienz, Wachstum und Beschäftigung kaschieren lässt. Denn indem die Wirtschaftspolitik zum Vollzugsorgan einer vermeintlichen Marktlösung stilisiert wird, die divergierende Theorieelemente, die an sich nichts miteinander zu tun haben, amalgamiert, kann deren Scheitern einer unzureichenden Wirtschaftspolitik angelastet werden. Somit korrespondiert eine verfehlte Markttheorie mit einem wirtschaftspolitischen Dezisionismus, der wirtschaftspolitische Ziele exogen fixiert und diese damit an den Marktprozess ausliefert.

Diese Prävalenz einer Zielrealisierung erhält lediglich das liberale Mäntelchen, dass Marktbedingungen über die Qualität der Zielrealisierung entscheiden. Im magischen Viereck einer simultanen Realisierung von Preisstabilität, Vollbeschäftigung, angemessenem Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht findet diese Subordination des Marktes unter eine Dezision einen genuinen Ausdruck. Das bundesdeutsche Stabilitätsgesetz aus dem Jahre 1967, das nicht zufällig ein ausgesprochener Dezisionist wie Karl Schiller (als damaliger Wirtschaftsminister) konzipiert hat, bringt die Instrumentalisierung des Marktes im Dienste einer zielorientierten Wirtschaftspolitik auf den Punkt, so dass auch ausgesprochene Liberale wie Olaf Sievert, langjähriger Vorsitzender des Sachverständigenrates, eine 'angebotsorientierte' Wirtschaftspolitik mit der Aufgabenstellung des Stabilitätsgesetzes für vereinbar halten⁷.

In Wahrheit stellt jedoch das Stabilitätsgesetz eine markttheoretische *contradictio in adjecto* dar. Denn der Entwurf eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, der die Totalität des Marktergebnisses beschwört, zeigt eine verfehlte Markttheorie an, die der Logik auf Individualkalküle beruhenden Marktbedingungen diametral widerspricht. Dieser verfehlten Markttheorie eines gesamtwirtschaftlichen Entwurfs verschafft die Instrumentalisierung des Marktes im Dienste einer Zielrealisierung

gewissermaßen ein Alibi. Aber sie hält einer markttheoretischen Überprüfung nicht stand. Denn die Instrumentalisierung des Marktes macht aus 'falsch' nicht 'richtig'. Vielmehr zeigt sich, dass beide, der Entwurf und seine Ausführung, somit die Doktrin, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht als Marktlösung zu offerieren und der Dezisionismus, dem Staat die Aufgabe der Realisierung zu übertragen, auf fatale Weise aneinander gekettet sind.

Beide aber halten einer markttheoretischen Überprüfung nicht stand. Dies lässt sich, auf unseren Fall bezogen, auf den Schluß vom Arbeitsmarkt auf Wachstum und Beschäftigung wie für den Rückschluß eines sich regenerierenden Wachstums und einer wiederkehrenden Vollbeschäftigung⁸ auf Arbeitsmarkteffizienz übertragen. Die Dezision trifft hier aus allen Poren: Bei Zimmermann als generelles Muster einer modernen Arbeitsmarktpolitik, bei Sinn in der besonderen Form einer Tarif- und Sozialpolitik⁹.

So lehrt uns die Markttheorie, in scharfem Gegensatz zur normativen Interpretation ökonomischer Theoriebildung wie zum Dezisionismus der Theorie der Wirtschaftspolitik, die Offenheit des Marktergebnisses. Auf die Theoriebildung bezogen, schlägt sie sich in unterschiedlichen, voneinander abgrenzbaren Ausformungen nieder, die sich im Kontext dieser Arbeit auf die Allokationstheorie, Wachstumstheorie und Beschäftigungstheorie einschränken lassen; auf die Theorie der Wirtschaftspolitik bezogen, macht sie wiederum den Staat zum Marktteilnehmer, der sich im Kontext dieser Arbeit vornehmlich auf eine Teilnahme am Arbeitsmarkt bezieht – sich jedoch allgemein als ein Marktteilnehmer darstellt, der zwar gegenüber dem individuellen Marktteilnehmer einen größeren Einfluß auf den Wirtschaftsablauf hat, aber wie dieser ein offenes Marktergebnis vorfindet (und auf dieses zu reagieren hat).

Teleologie statt Offenheit des Marktergebnisses

⁷ So in jüngster Zeit in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 9.8.2003.

⁸ So spricht der (von Zimmermann initiierte) Aufruf von Ökonomen ausdrücklich von einer "Rückkehr zu Wachstum und Vollbeschäftigung". Siehe IZA Compact Juli/August 2003, S. 1.

⁹ Siehe die Sonderausgabe von IZA Compact November 2002; siehe ferner die Sonderausgabe des ifo Schnelldienstes 23/2002, S. 24ff.

Die Offenheit des Marktergebnisses decouvriert ein angebliches Politikversagen als mangelnde Einsicht der Beratungspraxis in die Funktionsbedingungen von Märkten. Der versteckte Dezisionismus liberaler Ökonomen zeigt sich hier deutlich. Darauf wird noch einzugehen sein. In diesem Kontext bleibt es lediglich von sekundärer Bedeutung, wird es zu einer bloßen Frage der Identifikation, ob die Theorie der Wirtschaftspolitik angebotsorientiert oder nachfrageorientiert, ordnungspolitisch oder interventionistisch gefasst wird¹⁰.

Entscheidend ist vielmehr dass der Markt zu einer Teleologie des Marktergebnisses degradiert wird, gleichgültig, ob als Ausfluß einer einseitigen Theoriebildung, die sich dem Totalitätsanspruch eines bestimmten Marktergebnisses unterwirft, oder im Dienste einer Instrumentalisierung des Marktes, die damit das Ergebnis politischer Dezision unterwirft. In beiden Fällen, als Markttheorie wie als Theorie der Wirtschaftspolitik, verletzt die teleologische Deutung des Marktergebnisses den Anspruch der Markttheorie auf diesbezügliche Offenheit¹¹.

Exkurs: Die Teleologie des Stabilitäts- und Wachstumspakts

¹⁰ Ein typisches Beispiel für eine unbestimmte Identifikation von Nachfrageorientierung und Angebotsorientierung liefert die Investitionstätigkeit, die gemäß traditionellem keynesianischen Verständnis als Nachfragekategorie figuriert (und sich so vom Wert der Kapitalgüterproduktion der klassischen Schule abgrenzt), während sie in moderner Sichtweise im Zentrum eines angebotsorientierten Konzepts (jetzt in Abgrenzung zur Fiskalpolitik) steht. Analog relativiert sich die Distinktion von Ordnungs- und Interventionspolitik, die traditionell liberale und keynesianische Ökonomen voneinander trennt, dann, wenn beispielsweise, wie es derzeit geschieht, eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes nicht allein dessen Integration in die Marktökonomie vertieft, sondern zugleich dessen höhere Effizienz bezweckt.

¹¹ Es ist deshalb auch nicht damit getan, wie es bei Tomann anklingt, der Instrumentalisierung des Marktes eine Endogenisierung der Ziele entgegenzusetzen. Denn die methodische Crux der zielmittel-orientierten Theorie der Wirtschaftspolitik, die die Marktkonformität verletzt, ergibt sich nicht etwa, wie Tomann annimmt, aus den (präferenztheoretisch fundierten) Handlungen der Individuen, die in eine endogenisierte Zielrealisierung münden, sondern aus der Mißachtung der Offenheit des Marktprozesses, die sich sowohl im Marktergebnis als auch in der Individuallösung niederschlägt, also die Marktexperimente wie die Individualexperimente im Sinne von Patinkin erfasst. Siehe dazu H. Tomann, Stabilitätspolitik. Theorie, Strategie und europäische Perspektive. Berlin [u.a.] 1997, S. 5.

Es lohnt sich in diesem Zusammenhang, auf den Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union einzugehen. Denn er liefert ein besonders trübes Beispiel eines Dezisionismus, der die Offenheit des Marktergebnisses zugunsten der Vorgabe politischer Ziele unterschlägt. Dies im Hinblick sowohl auf die politischen Instanzen als auch auf die Politikberatung. Erstere nötigt er, indem er den öffentlichen Haushalten der Union eine Defizitquote (von 3%) am Bruttoinlandsprodukt vorschreibt, zu einer prozyklischen Finanzpolitik. So verlangen sinkende Steuereinnahmen im Gefolge marktinduzierter Einkommensreduktionen Ausgabenbeschränkungen, die zu weiteren Einkommensreduktionen führen. Die Marktnatur der Defizitquote schlägt sich somit in einer politisch gesteuerten Einkommensbildung nieder.

Der Politikberatung wiederum liefert der Stabilitäts- und Wachstumspakt die Vorlage für eine marktinkonforme Argumentation, indem sie durchgängig die Dezision der Defizitquote akzeptiert. Als Konsequenz kappt sie ökonomische Zusammenhänge, die der Markt durchsetzt, zugunsten der politischen Vorgaben. Der Wissenschaftsanspruch bleibt auf der Strecke. Bei dieser Transposition von Marktbedingungen in politische Dezision kommt es, wie wir sehen werden, nicht so darauf an, ob die Beratungspraxis die Ausgestaltung des Defizitkriteriums im einzelnen akzeptiert; entscheidend ist vielmehr, dass eine politische Dezision ihre Überlegungen bestimmt.

Das Ganze ist ein Trauerspiel, bei dem eine öffentliche Meinung, die lediglich eine hilflose Politik im Visier hat, mit einer degenerierten Beratungspraxis, die sich jeden Theoriebezug versagt, zusammentrifft. Den methodischen Angelpunkt liefert dabei der Umstand, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt die Defizitquote zu einem politischen Parameter stilisiert, obwohl sie eine marktinduzierte Variable darstellt. Denn das Budgetdefizit, das ihr zugrundeliegt, besteht aus der Differenz zwischen marktunabhängigen Ausgaben und marktbedingten (Netto-)Einnahmen des Staates, die in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gesetzt wird.

Das Marktergebnis eines Budgetdefizits aber macht den Staat zu einem Marktteilnehmer, dessen Dezision sich auf politisch festlegbare Ausgaben beschränkt. Aus diesem Grunde können ausschließlich vom Marktprozess

unabhängige Staatsausgaben, entgegen den Vorstellungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht jedoch marktabhängige Budgetdefizite einer Stabilisierung des Wirtschaftsablaufs die Richtschnur liefern. Denn ihre Marktabhängigkeit entzieht Budgetdefiziten die Möglichkeit einer strategisch ausgerichteten Operationalisierbarkeit.

Bezeichnenderweise verfehlt die Beratungspraxis gerade an diesem Punkt den Kern des Problems, indem ihr der Zusammenhang zwischen politischer Dezision und Marktergebnis verschlossen bleibt. Das zeigen deutlich die wohlgemeinten Ratschläge der einschlägigen Diskussion, die samt und sonders die politische Dezision auf Kosten von Marktbedingungen favorisieren. Beispielsweise trifft dies auf den Vorschlag zu, der Verletzung des Defizitkriteriums durch den Abbau eines angeblich strukturellen Defizits zu begegnen. Dies soll es dann erlauben, innerhalb des verbleibenden konjunkturellen Defizitrahmens die automatischen Stabilisatoren eines schwankenden Einkommens wirken zu lassen.

Dieser Vorschlag scheitert an der Unmöglichkeit, die Einkommensbildung auf unterschiedliche Formen von Budgetdefiziten zurückzuführen. Ähnliches trifft auf den Vorschlag zu¹², die Defizitquote zu flexibilisieren, begründet damit, dass es nicht möglich sei, eine bestimmte Höhe theoretisch zu rechtfertigen. Diese Flexibilisierung ist deshalb nicht akzeptabel, weil sie die (durchaus markttheoretisch begründete) Essenz des Stabilitäts- und Wachstumspakts, durch eine Disziplinierung staatlicher Tätigkeit die Stabilität des Euro zu gewährleisten, aushöhlen müßte. Beide Beispiele lassen sich so kennzeichnen, dass an die Stelle einer expliziten Dezision, die Ziele vorgibt, eine versteckte Dezision tritt, die sich auf Konstruktionen stützt, die, quasi als Alibi des existierenden Theoriedefizits, die Offenheit des Marktergebnisses verschwinden lassen.

Die Spitze derartiger Positionen aber nimmt der Sachverständigenrat ein, der deren Dezisionismus bestätigt, indem wiederum ein politisches Versagen, das in diesem Fall bedeutet, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht konsequent angewendet werde, bemüht werden muss. Oder es werden, nicht viel besser, vom

¹² Beide Vorschläge finden sich im übrigen in einschlägigen Kommentaren einflußreicher Ökonomen zu den Vorgaben des Stabilitätspakts in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 20.11.2003.

Sachverständigenrat ebenfalls politisch gefärbte Abgrenzungsschwierigkeiten für pragmatische Lösungen verantwortlich gemacht, die die Ziele zu Orientierungsgrößen relativieren, "um die die tatsächlichen (sic!) Defizite im Konjunkturzyklus schwanken können"¹³. Denn nicht so sehr die Unwägbarkeit politischer Praxis, sondern, wie ein Blick auf den Prozess der Einkommensbildung zeigt, die Offenheit des Marktergebnisses setzt dem Defizitkriterium markttheoretisch bestimmte Grenzen.

Dies aus zweierlei Gründen: Zum einen entzieht die Instabilität der Einkommensbildung der Distinktion von konjunkturell und strukturell bedingten Budgetdefiziten die markttheoretische Grundlage; zum anderen ergibt der Prozess der Einkommensbildung, dass der Markt eine Normalauslastung des Produktionspotentials, die einer konjunkturübergreifenden Stabilisierung der wirtschaftlichen Aktivität den Maßstab liefern könnte, nicht leistet.

Nichts davon beim Sachverständigenrat. Auch bei ihm triumphiert der Dezisionismus über die Markttheorie. Denn seinen Intentionen entspricht die Doppelstrategie, simultan auf eine Normalauslastung des Produktionspotentials und auf einen konjunkturell bedingten Zyklus der Einkommensbildung zu setzen¹⁴. Ihr Dezisionismus, auf politische Vorgaben zu bestehen anstatt ein offenes Marktergebnis zu akzeptieren, dringt aus allen Poren. Angesichts der Marktinkonformität der Vorgaben aber hilft weder das Vertrauen auf automatische Stabilisatoren eines Konjunkturzyklus noch dessen Orientierung an Schwankungen der Auslastung des Produktionspotentials weiter. Denn die Einkommensbildung ist ein Marktprozess, der, wie uns die Beschäftigungstheorie lehrt, sui generis, losgelöst von Phänomenen wie einem Konjunkturzyklus¹⁵ oder der Auslastung einer Ressourcenausstattung¹⁶, seine Wirksamkeit entfaltet.

¹³ Jahresgutachten 1998/99, Ziffer 301. S. 187f.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Es gehört zu den kaum wahrgenommenen Defiziten der Forschungspraxis zu übersehen, dass der Konjunkturzyklus eine Kategorie der klassischen Schule (im Sinne von Keynes), also der klassischen Reproduktions- und neoklassischen Allokationstheorie ist, jedoch in einer (keynesianisch bestimmten) Einkommenstheorie nichts zu suchen hat. Denn der Konjunkturzyklus erhält seine theoretische Fundierung als Ergänzung der (neo-)klassischen Werttheorie – ein Ansatz, der bis in Schumpeters Entwicklungstheorie registrierbar ist. So ist er ebenfalls in einer modernen Fassung bei Lucas

Deshalb ist statt Dezision Marktteilnahme gefragt. Sie verlangt vom Staat den Verzicht auf makroökonomisch bestimmte Ziele, gleichgültig, ob diese als vorgeschriebene Größen oder lediglich zur Orientierung festgesetzt werden. Dies bedeutet eine Beschränkung staatlicher Aktivität auf Variable bzw. Parameter, die strategisch bestimmt sind, sich somit vornehmlich auf staatliche Ausgaben und Steuertarife beziehen. Durch sie, aber nur durch sie erhalten Budgetdefizite den Stellenwert, der ihnen als Ergebnis einer Marktteilnahme des Staates zukommt. Und allein auf dieser Grundlage ließe sich eine internationale Koordination, die einem Stabilitätspakt der Europäischen Union gemäß wäre, bewerkstelligen.

Die Marktinkonformität bei Sinn und Zimmermann

Die doppelte markttheoretische Aporie, einerseits einen Kausalnexus von einer Arbeitsmarkteffizienz zur Beschäftigungshöhe zu postulieren, der den unterschiedlichen Theoriebezug ignoriert, den eine Allokationstheorie (und mit ihr eine Wachstumstheorie) wie eine Beschäftigungstheorie verlangen, andererseits der Arbeitsmarktpolitik Marktinkonformität zu verweigern, indem sie als Vollzugsorgan

konzipiert. Keynes hat demgegenüber die Einkommensbildung durch die Lösung von der Ressourcenausstattung ihres zyklischen Charakters entkleidet —wofür das 22. Kapitel der 'General Theory', nicht zufällig am Schluss seines opus magnum angesiedelt, ein eindrucksvolles Beispiel liefert. Denn Keynes rückt in den 'Bemerkungen über den Konjunkturzyklus' die Bedingungen eines (sich langsam vollziehenden) Aufschwungs und einer (abrupt entstehenden) Krise, also Marktbedingungen der Einkommensbildung, in den Mittelpunkt seiner Untersuchung. Er interessiert sich aber gerade nicht für die Existenzbedingungen eines Zyklus mit den ihn beherrschenden (und deshalb besonders erklärungsbedürftigen) Wendepunkten. Um der in der Beratungspraxis weitverbreiteten Dezision eines Konjunkturzyklus mit ihrer fatalen Konsequenz, einen marktmanenten, konjunkturübergreifenden Budgetausgleich zu postulieren, zu entgehen, spricht man besser nicht von einem Konjunkturzyklus, sondern von einer Instabilität der Einkommensbildung. Die Offenheit des Marktergebnisses ist somit eine Offenheit der Einkommensbildung; ein Konjunkturzyklus läßt sich zwar (nachträglich) registrieren, nicht aber (als strategischer Parameter) antizipieren.

¹⁶ Das schließt selbstverständlich nicht aus, dass sich die Stabilitätspolitik am Produktionspotential orientiert; sie bedarf dessen sogar, indem es ihr den Rahmen liefert.

eines unangemessenen Theoriebezuges instrumentalisiert wird, kennzeichnet in gleicher Weise Sinn wie Zimmermann.

Beide ignorieren, dass die effizienztheoretische Argumentation die Vorgabe der Ressourcenausstattung verlangt, die deshalb auch der Allokationstheorie wie der Wachstumstheorie zugrundeliegt. Damit schließt sie jedoch die Frage nach der Beschäftigungshöhe aus. Demgegenüber bedarf die Beschäftigungstheorie des Rekurses auf eine Einkommensbildung, die sich dadurch von der Ressourcenausstattung löst. Entgegen dieses eindeutigen Theoriebezuges verknüpfen jedoch beide, Sinn wie Zimmermann, die Effizienz des Arbeitsmarktes mit der Beschäftigungshöhe. Angesichts dieses grundlegenden theoretischen Defekts, der die gegenwärtige arbeitsmarktpolitische Diskussion dominiert, bleibt die Frage nach dem Kausalnexuss zwischen Wachstum und Beschäftigung von sekundärer Bedeutung. Beiden läßt sich deshalb auch nicht zugutehalten, dass sie die populäre, von Politik und öffentlicher Meinung bevorzugte Auffassung von einem beschäftigungsinduzierenden Wachstum in dieser Form nicht übernehmen. Dadurch vermeiden sie zwar den Kunstfehler der populären Auffassung, den beschäftigungsvermindernden Produktivitätsanstieg außerachtzulassen; mit dem falschen Theoriebezug zwischen Effizienz und Beschäftigung unterliegen sie um so mehr einem eigenständigen Kunstfehler.

Bei Sinn schleicht sich der Kunstfehler dadurch ein, dass ihn die von ihm mit Nachdruck postulierte Umdrehung des populären Kausalnexuss zugunsten eines Primats der Beschäftigung¹⁷, das dann zu Wachstum führt, zu einer einzelwirtschaftlich bestimmten, kostenorientierten Argumentation zwingt, die die in Deutschland angeblich überhöhten Lohnkosten zum Gottseibeiuns des Reformstaus stilisiert. Dabei wird kein Wort darüber verloren, dass die Marktbedingungen es offensichtlich nicht erlauben, Preise zu erzielen, die die Lohnkosten (einschließlich eines Profits) decken – und damit zugleich dem Nominallohn sein Gleichgewichtsniveau geben.

¹⁷ Für Sinn reflektiert der übliche Rekurs vom Wachstum auf die Beschäftigung lediglich konjunkturelle Bewegungen, die die für ihn dominierenden strukturellen Probleme verdecken. Siehe z.B. ifo Schnelldienst 12/2002, S. 18.

Sinns Kunstfehler lässt sich damit auch so ausdrücken, dass er auf einer Vermengung von Nominallohn und Reallohn beruht¹⁸. Allein diese Vermengung ermöglicht es ihm, eine einzelwirtschaftlich bestimmte, kostenorientierte Argumentation als marktbezogen hinzustellen, indem er den marktbedingten Nominallohn als einen Kostenfaktor 'Reallohn' fehlinterpretiert. Damit aber entzieht sich Sinn den Konsequenzen, die eine korrekte markttheoretische Analyse für den Zusammenhang von Arbeitsmarkteffizienz und Beschäftigungshöhe hätte – eine Analyse, die als Ausgangspunkt die gegenwärtige Stagnation in den Kontext einer einkommenstheoretisch bestimmten Depression (und möglicherweise Deflation) stellen und von daher die Konsequenzen für die Effizienz des Arbeitsmarktes ausleuchten müsste.

Zimmermanns Kunstfehler wiederum besteht darin, dass er zwar wie Sinn auf eine höhere Effizienz des Arbeitsmarktes zielt, dabei aber anders als Sinn den Zusammenhang von Wachstum und Beschäftigung offenlässt. Das macht insbesondere der von ihm initiierte (und mutmaßlich auch von ihm formulierte) 'Auftrag von 300 Ökonomen an die politischen Entscheidungsträger' deutlich, in dem

¹⁸ Auf der Verwechslung von Nominallohn und Reallohn beruht auch die in der Beratungspraxis verbreitete Vorstellung, es handele sich beim Flächentarifvertrag um ein Lohnkartell – eine Vorstellung, die ein besonders abstruses Beispiel degenerierter Forschungspraxis liefert (auf das in einem späteren Diskussionspapier noch ausführlich einzugehen sein wird). Der mangelhafte Theoriebezug zeigt sich hier daran zu übersehen, dass ein Kartell lediglich als Kategorie der Marktformentheorie fassbar ist, dadurch in einem partialökonomischen Kontext steht und als relativer Preis figuriert. Nominallohn und Reallohn aber gehören in einen makroökonomischen Kontext, der Nominallohn als eine monetär bestimmte Kategorie der Einkommensbildung, der Reallohn als ein (mit dem Preisniveau als Marktergebnis) deflationierter Nominallohn. In diesem Kontext steht selbstverständlich auch der Flächentarifvertrag, zumal er sich in der Regel auf Lohnzuwächse beschränkt. Dann drückt der ausgehandelte Nominallohn eine periodenübergreifende monetäre Uniformität, sprich: Geldneutralität, aus, während es sich beim Reallohn um ein Marktergebnis handelt, das dem Prinzip eines bereits von den Tarifpartnern simulierten law of one price entspricht. Man sieht, dass eine markttheoretisch korrekte Beurteilung des Flächentarifvertrages etablierten Theoriemustern folgt, die auf dem Boden der Quantitätstheorie stehen. Dass demgegenüber die Beratungspraxis, den Reallohn als relativen Preis mißverstehend, die Marktformentheorie bemüht, indem sie von einem Tarifkartell schwadroniert, wirft ein beängstigendes Licht auf die Qualität des zeitgenössischen ökonomischen Denkens.

die "Rückkehr zu Wachstum und Vollbeschäftigung" eingefordert wird¹⁹, somit nurmehr beide Kategorien vage nebeneinander gestellt werden.

Nun wäre es fraglos legitim, wenn ein ausgesprochener Arbeitsmarktspezialist wie Zimmermann sich auf die Untersuchung der Effizienzprobleme des Arbeitsmarktes beschränken würde, ihn somit in den Kontext der Allokationstheorie stellte. Selbstverständlich aber ist er nicht an einer isolierten Effizienzanalyse interessiert; er will vielmehr einen Beitrag zum gegenwärtigen Arbeitslosenproblem in Deutschland leisten. Damit aber erhält der Zusammenhang von Arbeitsmarkteffizienz und Beschäftigung (alias Wachstum) grundlegende Bedeutung für seine Analyse. Dies aber übersieht Zimmermann. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass er (nun im Gegensatz zu Sinn) Wachstum und Beschäftigung beziehungslos nebeneinander stellt. So findet sich bei ihm jenseits der besonderen Probleme, die der Niedriglohnsektor aufwirft²⁰, nicht der leiseste Ansatz einer markttheoretischen Begründung für den behaupteten Zusammenhang von Arbeitsmarkteffizienz und Beschäftigung. Vielmehr spricht er lediglich, die 'strukturelle Natur' des Arbeitslosenproblems betonend, vollmundig von einer 'Reformbaustelle Arbeitsmarkt' - und begnügt sich damit, einfach zu unterstellen, dass dieser Zusammenhang existiere und das Arbeitslosenproblem zu lösen vermöge.

Die Marktbedingungen der Nachkriegsära als politische Dezision

Damit wird die Regeneration von Wachstum und Beschäftigung zu einem politischen Programm erhoben, das auf einer fragwürdigen Verquickung von Allokationstheorie

¹⁹ Siehe IZA Compact Juli/August 2003, S. 1.

²⁰ Zimmermann (wie im übrigen auch Sinn) macht die gegenwärtige Ausgestaltung der Sozialhilfe, erwerbsfähige Personen ohne Arbeit sozial abzusichern, für den hohen Anteil gering qualifizierter Arbeitskräfte an der Arbeitslosigkeit verantwortlich, da er die Aufnahme einer legalen Erwerbstätigkeit unattraktiv mache. Auf dieses Argument wird in einem späteren Diskussionspapier ausführlich einzugehen sein. Siehe zu Zimmermann IZA Compact Sonderausgabe November 2002, S. 1 und die Vorschläge auf S. 2.; entsprechend bei Sinn die Diskussion insbesondere der Reform des Sozialstaates in der Sonderausgabe 'Die rote Laterne' des ifo Schnelldienstes 23/2002, S. 26ff, und die ausführliche Darstellung des Konzepts (mit weiteren Autoren) in der Sonderausgabe 'Aktivierende Sozialhilfe' im ifo Schnelldienst 9/2002.

und Beschäftigungstheorie beruht. Sie aber stellt überhaupt erst den behaupteten Zusammenhang der Arbeitsmarkteffizienz mit der Beschäftigungshöhe her. Zugleich verlangt sie eine Dezsion, die der Wirtschaftspolitik die Lösung des Arbeitslosenproblems aufbürdet. Das macht die folgende Sentenz deutlich²¹: "Die Botschaft lautet daher: Die Wirtschaftspolitik muss die Rahmenbedingungen für private Akteure so erneuern, dass effizientes Wirtschaften möglich wird. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik müssen klar voneinander getrennt werden, um die bisherige Vermischung gegensätzlicher Ziele zu überwinden, die sich lähmend auf Wachstum und Beschäftigung auswirkt. Nur unter diesen Voraussetzungen lässt sich die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes so verbessern, dass in Zukunft ein deutlicher Beschäftigungszuwachs erreicht werden kann."

Damit stehen Zimmermann und Sinn für eine Beratungspraxis, die den Opportunismus der Fragestellung, einen verständlichen Wunsch nach Wachstum und Beschäftigung in ein politisches Programm zu transformieren, mit einer Degenerierung der Forschungspraxis erkaufte, die auf eine Klärung des Theoriebezugs der Fragestellung verzichten zu können meint.

Dabei kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Regenerierung des Wachstums und die Rückkehr zur Vollbeschäftigung, die die öffentliche Meinung von der Wirtschaftspolitik einfordert (und die von der Beratungspraxis legitimiert wird), den Mythos des bundesdeutschen Wirtschaftswunders der 50er und 60er Jahre des 20. Jahrhundert beschwört. Aber ein Rekurs auf das 'Goldene Zeitalter' der Nachkriegsära macht die Angelegenheit nicht besser, lässt sich bestenfalls als ein sozialpsychologisches Phänomen orten, das sich einer ökonomischen Analyse entzieht.

Denn es stellt sich die Frage, ob die damals herrschenden Marktbedingungen heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, wiederholbar sind. Dagegen spricht, dass für die Wachstumsepoche des Wirtschaftswunders die ungewöhnliche Marktconstellation der Verbindung von Investitions- und Exportdynamik, stabilisiert von einer Lohnpolitik, die den raschen Produktivitätsanstieg nicht antizipierte, bestimmend war. Entgegen einer landläufigen Meinung lieferten ihr jedoch keineswegs die (mit dem

²¹ IZA Compact. Sonderausgabe November 2002, S.1.

Namen Ludwig Erhard verbundene) Liberalisierung der Märkte und erst recht nicht effiziente Arbeitsmärkte die hinreichenden Bedingungen.

Damit verwischt ein mangelhafter Theoriebezug zugleich die unterschiedlichen markttheoretischen Bedingungen der Wachstumsepoche der Nachkriegsära und der gegenwärtig herrschenden Stagnation – und zeugt von den Aporien einer Beratungspraxis (wie generell der Forschungspraxis), deren mikroökonomische Orientierung historisch bedingte Marktkonstellationen nicht mehr in ihren makrotheoretischen Implikationen zu erfassen vermag. Als Folge werden ineffiziente Arbeitsmärkte für eine Stagnation verantwortlich gemacht, die weitgehend von einem Industriesektor, der angesichts einer weiterhin steigenden Produktivität kontinuierlich Arbeitskräfte freisetzt, ausgeht. Darüber hinaus holt der unzureichende Theoriebezug auch die Beschwörung von Wachstum und Vollbeschäftigung ein, indem er mit einem Dezisionismus der Wirtschaftspolitik einhergeht.

Denn während die Wachstumsepoche der Nachkriegsära unbestreitbar auf einer Marktdynamik beruhte, soll jetzt, ein halbes Jahrhundert später, eine Wirtschaftspolitik die Marktbedingungen herstellen, die die Marktwirtschaft kraft eigener Dynamik nicht hervorzubringen vermag. So etwas Abstruses kommt heraus, wenn man nicht, wie es der Wachstumsepoche entsprach, den Staat als Teilnehmer an einem im Prinzip offenen Marktergebnis faßt, sondern einer Teleologie vertraut, die den Markt so instrumentalisiert, damit nun plötzlich die Wirtschaftspolitik Wachstum und Vollbeschäftigung hervorbringen möge.